



UNITI Bundesverband
mittelständischer
Mineralölunternehmen e.V.

Berlin, 15. Februar 2023

Pressemitteilung

Technologiefeindlicher Kurs der EU gegen den Verbrennungsmotor beschädigt Wirtschaftsstandort und schadet dem Klima sowie den Verbrauchern

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V. kritisiert das gestern vom EU-Parlament verabschiedete Neuzulassungsverbot von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 sowie den von der EU-Kommission vorgelegten Entwurf zur Überarbeitung der CO₂-Flottengrenzwerte für schwere Nutzfahrzeuge. Eine Nicht-Anerkennung des Klimaschutzbeitrags CO₂-neutraler Kraftstoffe bei Pkw und Lkw durch den Gesetzgeber wird weitreichende negative Folgen haben, warnt UNITI.

Pkw-Verbrennerverbot führt zu Arbeitsplatzabbau und Wertschöpfungsverlusten

Mit knapper Mehrheit hat das Plenum des EU-Parlaments gestern ein faktisches Neuzulassungsverbot für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge mit Verbrennungsmotor ab 2035 angenommen. UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn: „Mit diesem de facto Verbot wird der Automobilindustrie in Deutschland erheblich geschadet!“ So führt die von der Politik ausgerufene Transformation bereits heute zu einem signifikanten Arbeitsplatzabbau sowie zu Wertschöpfungsverlusten etwa durch Standortverlagerungen der deutschen Hersteller und der Zuliefererindustrie. Deutschland droht, seinen Technologievorsprung im Automobilbereich zu verlieren, der bislang erheblich zum Wohlstand im Land beiträgt. Elmar Kühn warnt: „Es wird ein ruinöser Wettbewerb mit deutlich günstigeren ausländischen Elektroautoherstellern über die hiesige Industrie hereinbrechen. Das Schweigen der Herstellerindustrie und der Gewerkschaften spricht für sich und ist ein Indiz dafür, dass diese auf eine üppige staatliche Subventionierung der Transformation hoffen.“ Eine Kompensation der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze, die hierzulande durch das Verbrenneraus verloren gehen werden, kann es durch die Elektromobilität schon deshalb nicht geben, weil China seinen Spitzenplatz bei der E-Mobilität durch Standortvorteile wie günstige Energiepreise für die energieintensive Akkuproduktion verteidigen wird. Auch ist das Land führend bei Gewinnung und Verarbeitung der benötigten Rohstoffe.

Pkw-Bestand wird von Klimaschutzbemühungen ausgeschlossen

Mit dem Neuzulassungsverbot wird gleichzeitig ausgeschlossen, dass Pkw im Bestand, die in Europa derzeit zu rund 99 Prozent über einen Verbrennungsmotor verfügen, in die Klimaschutzbemühungen einbezogen werden können. Denn, so Elmar Kühn von UNITI: „Die notwendigen globalen Investitionen in den industriellen Produktionshochlauf von E-Fuels müssen sich langfristig rentieren. Indem die Politik die zukünftige Anwendung im Pkw ausschließt, werden angesichts eines somit schrumpfenden Fahrzeugbestands Investitionen verhindert.“ Kühn weiter: „Europa sollte Vorbild für die Welt bei der Nutzung CO₂-neutraler Kraftstoffe werden, anstatt diese regulatorisch unattraktiv zu machen.“ Ohne den Produktionshochlauf von E-Fuels für den Straßenverkehr ist auch die Defossilisierung des Flugverkehrs sowie der Schifffahrt wirtschaftlich nicht attraktiv, denn diese Kraftstoffe werden als

Nebenprodukte bei der Koppelproduktion von Benzin und Diesel, egal ob auf fossiler oder synthetischer Basis, gewonnen.

Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bei schweren Nutzfahrzeugen weltfremd

Als völlig weltfremd beurteilt UNITI den gestern ebenfalls vorgelegten Vorschlag der EU-Kommission zur CO₂-Flottenregulierung von schweren Nutzfahrzeugen. Dieser sieht eine CO₂-Emissionsreduktion um 90 Prozent bis zum Jahr 2040 vor, als Zwischenziele wurden 45 Prozent Minderung bis 2030 und eine Absenkung um 65 Prozent bis 2035 definiert. Da bei den schweren Nutzfahrzeugen vom Gesetzgeber ebenfalls nur die CO₂-Emissionen am Auspuff betrachtet werden, fallen E-Fuels auch hier als Klimaschutzoption aus. „All-electric im Nutzfahrzeugbereich funktioniert noch nicht mal auf dem Papier und wird es erst recht nicht in der Praxis“, sagt Elmar Kühn von UNITI. So fehlen praxistaugliche Lösungen zur Elektrifizierung schwerer Nutzfahrzeuge, eine dichte EU-weite Ladeinfrastruktur mit Megawatt-Ladeparks sowie ausreichende Mengen grünen Stroms. UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn: „Der Schwerlasttransport auf der Straße ist unverzichtbar für den Güter- und Warenverkehr in Europa und damit die Basis für den europäischen Binnenmarkt. Wer das aufs Spiel setzt, obwohl synthetische sowie biogene Kraftstoffe auch in diesem Bereich eine klimafreundliche Lösung darstellen könnten, legt bewusst die Axt an den Wohlstand in der Europäischen Union.“

Über UNITI:

Der UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. repräsentiert rund 90 Prozent des Mineralölmittelstandes in Deutschland und bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, im Wärmemarkt und bei Schmierstoffen. Rund 70 Prozent der freien Tankstellen und rund 40 Prozent der Straßentankstellen sind bei UNITI organisiert. Überdies versorgen die UNITI-Mitglieder etwa 20 Millionen Menschen mit Heizöl, einem der wichtigsten Energieträger im Wärmemarkt. Ebenso zum Verband zählen die meisten unabhängigen mittelständischen Schmierstoffhersteller und Schmierstoffhändler in Deutschland. Die rund 1.000 Mitgliedsfirmen von UNITI erzielen einen jährlichen Gesamtumsatz von etwa 35 Milliarden Euro und beschäftigen rund 80.000 Arbeitnehmer in Deutschland.

Pressekontakt:

Alexander Vorbau, M.A.

Leiter Kommunikation

Tel.: (030) 755 414-520

E-Mail: vorbau@uniti.de

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V.